

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

**Rolläden- und Storen-Automatisierung**

EXPERT  
somfy

MAURER AG  
8192 Glattfelden • 044 867 35 60  
www.maurer-glattfelden.ch

DER NATIONALRAT WILL DIE DIREKTE DEMOKRATIE BESCHNEIDEN

## Weitere Anpassung an die EU?

Am 11. März 2009 hat der Nationalrat mit 96 zu 72 Stimmen eine parlamentarische Initiative des linksgrünen Daniel Vischer gutgeheissen. Die Initiative verlangt, dass die Gründe für die Ungültigerklärung einer Volksinitiative ausgebaut werden. Dabei sollen Initiativen neu dann ungültig sein, wenn sie materiell gegen den Grundrechtsschutz und gegen Verfahrensgarantien des Völkerrechts verstossen. Die Stossrichtung ist offensichtlich: eine Angleichung an die EU durch die Aushebelung der Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten des Stimmvolkes.



DR. M. BRANDENBERG  
PARTEIPRÄSIDENT  
SVP STADT ZUG

Der Nationalrat ist mit seinem Entscheid seiner staatspolitischen Kommission gefolgt, welche sich äusserst knapp mit 12 zu 11 Stimmen für die Annahme der parlamentarischen Initiative (PI Vischer) ausgesprochen hatte. Der Präsident der staatspolitischen Kommission, der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister, hat sich in der Abstimmung gegen die Annahme der Initiative ausgesprochen. Dabei fällt auf, dass viele CVP-Männer nein gestimmt haben, wegen praktisch alle CVP-Nationalrätinnen ja gestimmt haben.

### Die heutige Situation

Gemäss der heutigen Bundesverfassung, welche von Volk und Ständen 1999 beschlossen wurde, darf das Stimmvolk, der Souverän, fast alles in die Verfassung hineinschreiben. Nur gerade Volksinitiativen, welche gegen zwingendes Völkerrecht verstossen, sind unzulässig (Art. 139 Abs. 2 BV). Zwingendes Völkerrecht sind das Verbot des Angriffskrieges, das Verbot der Folter, das Verbot des Völkermordes und das Verbot der Sklaverei. Alles andere ist nicht zwingendes Völkerrecht, und von allem anderen kann das Volk in einer Initiative abweichen, selbst dann, wenn es damit bestehende völkerrechtliche Verpflichtungen verletzt.

Wird eine Volksinitiative angenommen, welche völkerrechtliche Bestimmungen verletzt, geht die Volksinitiative dem entgegenstehenden völkerrechtlichen Vertrag vor, und dieser

muss gekündigt oder mit einem Vorbehalt versehen werden. Dies hat seine innere Logik, wird die Volksinitiative doch vom höchsten Organ, dem Stimmvolk, erlassen, wogegen völkerrechtliche Verträge vom Bundesrat, also der Exekutive, abgeschlossen und vom Parlament genehmigt werden. Dass ein Staatsvertrag vom Parlament nicht genehmigt wird, ist sehr selten (aktuell könnte diese Frage bei den vorgesehenen Änderungen der Doppelbesteuerungsabkommen mit Preisgabe des Bankheimnisses werden). Die angenommene Volksinitiative hat Verfassungsrang, der abgeschlossene Staatsvertrag nicht. Auch die EMRK, die Europäische Menschenrechtskonvention, welche die PI Vischer im Auge hat, ist ein Staatsvertrag, der mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten gekündigt werden kann.

### Schwächung des Volkes, Stärkung des Parlaments

Die vom Nationalrat angenommene PI Vischer will die Ungültigkeitsgründe für Volksinitiativen stark ausbauen. Künftig sollen Initiativen auch dann ungültig sein, wenn sie materiell gegen den Grundrechtsschutz und gegen Verfahrensgarantien des Völkerrechts verstossen. Dabei sind die Kriterien höchst vage. Was heisst «materieller Grundrechtsschutz»? Darunter fällt, was im Schutzbereich eines Grundrechtes der Bundesverfassung oder der EMRK liegt. Die Initiative würde die Einflussmöglichkeiten des Volkes weitgehend aushebeln, wird doch fast jeder Bereich des menschlichen Lebens von einem Grundrecht erfasst (so etwa die Persönlichkeit, Religion, Handel und Gewerbe, Familie, Ehe,

Vereinstätigkeiten usw.). Die PI Vischer würde dazu führen, dass der Verfassungsgeber, nämlich Volk und Stände, massiv weniger Kompetenzen hätte als der Gesetzgeber, das Parlament. Letzterer kann nämlich mit jedem Gesetz in den «materiellen Grundrechtsschutz» eingreifen, solange dies im öffentlichen Interesse und verhältnismässig ist (Art. 36 BV). Zudem würde die PI Vischer dazu führen, dass ein Staatsvertrag, die EMRK, über die Bundesverfassung emporgehoben würde. Volk und Stände könnten in Zukunft nicht mehr von Bestimmungen eines Staatsvertrages, der vom Bundesrat in dessen Kompetenz abgeschlossen wurde, abweichen. Das Volk und die Kantone würden zu Gunsten des Bundesrates und des Parlamentes ausgehebel.

Die Stossrichtung ist klar: Verlagerung der Gesetzgebung von unten nach oben, vom Volk über das Parlament an die Regierung. Die Konsequenz ist auch klar: Aufhebung der Gewaltenteilung durch Übertragung der Gesetzgebungsfunktion an die Regierung. Brüssel lässt grüssen. In der EU werden 80 Prozent der Gesetze vom Ministerrat, von den Regierungen der Mitgliedstaaten, erlassen.

Die Parlamente der Mitgliedstaaten sind zu folkloristischen Debattierklubs mit Grüss-August-Funktion verkommen. Eine solche Machtfülle bei einem Minister, der Exekutive und Legislative in sich vereint, kann manche jüngst beobachteten Exzesse erklären, so auch die wohl machtberauschte Art und Weise, wie der deutsche Finanzminister in Wort, Mimik und Gestik über sein südliches Nachbarland spricht.

### Mehr Macht für immer weniger Leute

Das zweite Kriterium der PI Vischer, welches Volksinitiativen ungültig machte, sind «Verfahrensgarantien des Völkerrechts». Es scheint klar, worauf dieses Kriterium abzielt: auf das Beschwerderecht gegen Einbürgerungsentscheide der Gemeinden. Dieses Beschwerderecht wurde vom Bundesgericht 2003 erfunden, nun soll es über die Verfassung emporgehoben werden, damit das Volk keine neuen Anläufe nehmen kann, Beschwerden gegen demokratisch gefällte Einbürgerungsentscheide wieder zu beschränken. Allerdings könnte das Kriterium – und dem schlauren Grünen Vischer ist dies zuzutrauen – auch dazu dienen, Tür und Tor zu öffnen für ein allgemeines Beschwerderecht gegen den Inhalt von Volksentscheiden, auch auf eidgenössischer Ebene. Mit dem Argument, das Recht auf eine wirksame Beschwerde gemäss Art. 13 EMRK, also eine Verfahrensgarantie des Völkerrechts im Sinne der PI Vischer, sei verletzt, könnte man in Zukunft auch Mehrheitsentscheide des eidgenössischen Souveräns beim Richter anfechten. Nach der Stärkung der Exekutive zu Lasten des Volkes wäre damit auch die Stärkung der Judikative zu Lasten des

Volkes erreicht. Immer mehr Macht ginge zu immer weniger Leuten, genau wie in Brüssel.

### Verfassungsrechtliche Revolution?

Eine Annahme der PI Vischer entzöge dem Volk einen grossen Teil seines Initiativrechts. Das Volk würde zu Lasten des Bundesrates und des Parlaments massiv geschwächt. Die Schwächung wäre derart stark, dass sie einer verfassungsrechtlichen Revolution gleichkäme. Von einer reinen Nachführung der Bundesverfassung von 1874, als welche die Bundesverfassung von 1999 dem Volk verkauft worden ist, könnte nicht einmal mehr im entferntesten die Rede sein. Die Annahme der PI Vischer führte zu einer strukturellen Angleichung an die Rechtsordnungen der EU-Staaten (Verlagerung der Gesetzgebung vom Volk bzw. vom das Volk repräsentierenden Parlament an die Regierungen, unter Preisgabe des Prinzips der Gewaltenteilung). Die in Bern längst geführte hidden agenda des EU-Beitrittes würde um ein wichtiges Element reicher. Zu hoffen ist, dass der Ständerat, dessen staatspolitische Kommission die Initiative mit 6 zu 3 Stimmen ablehnt, seiner Kommission Folge leistet.



## JAZZ-MATINEE 2009

Sonntag, 29. März 2009  
10.00–15.00 Uhr

Es spielen für Sie:  
**Lake City Stompers Old Time Jazz Band**  
Festwirtschaft / Eintritt frei

Der Anlass findet in den Treibhäusern auf dem Betriebsareal der  
**Christian Achermann AG,**  
Rümikerstrasse 37, 8409 Winterthur  
Hegi statt (vis-à-vis Media Markt)

Auf Ihren Besuch freut sich  
SVP Stadt und Bezirk Winterthur



Die Partei des Mittelstandes

### Aus ALT mach NEU!



Werfen Sie Ihre alte Polstergruppe nicht weg: Wir überziehen sie neu in Stoff und Leder.

Ein neuer Bezug lohnt sich fast immer!

**Kostenlose Heimberatung**  
Rufen Sie uns an

29 Jahre Erfahrung  
**wideg ag**

Industriestrasse 25, 8625 Gossau  
Tel. 044 935 25 46, info@wideg.ch  
www.wideg.ch

### Restaurant

**Flair**

Gutbürgerliche Küche  
zu fairen Preisen

Fam. Elsa und Werner  
Wiederkehr-Nydegger

- Täglich 4 Menus
- Hervorragende Weine
- Aktuell: Salatbuffet Take away

Öffnungszeiten:  
Mo – Fr 07.00–23.00 Uhr  
Sa 09.30–24.00 Uhr  
So 10.00–18.00 Uhr

Schaffhauserstrasse 306, 8050 Zürich-Oerlikon  
(Tramhaltestelle Berninaplatz)  
Tel. 044 310 68 68 www.restaurant-flair.ch

### Schreinerei Hanspeter Rüttschi



Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf  
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder  
besuchen Sie unsere Ausstellung.

### Swiss Security Services

Ihr sicherer Partner für:

- Interventionsdienste
- Objektüberwachungen
- Ordnungsdienste
- Schutzhund-Einsätze
- Patrouillendienste
- Verkehrsdienste u.a.

www.swiss-security.com

Swiss Security Services  
Tösstalstrasse 20  
8492 Wila ZH  
Mobil 076 227 15 35

### Ihr Immobilien Makler + Verwalter

Wir vermitteln seit Jahren erfolgreich:

**Einfamilienhäuser**  
**Eigentumswohnungen**  
**Bauland**

Gerne übernehmen wir auch Ihre  
**Verwaltung**

Rufen Sie uns an wir erteilen gerne  
weitere Auskünfte:

<b>Uster</b>	044 997 24 70
<b>Buchs</b>	079 403 62 70
<b>Dietikon</b>	044 744 25 50
<b>Wettingen</b>	056 426 02 64
<b>Wohlen</b>	056 470 13 54
<b>Aarau</b>	062 726 01 40

### BENTO IMMOBILIEN AG

Immobilien & Verwaltungen  
Projektentwicklungen



www.bento.ch

Aargauer  
Kripo-TherapeutenVON CHRISTOPH  
MÖRGELI

Dass Sozialarbeiter wie Sozialarbeiter reden, kann man nachvollziehen.

Doch wenn bereits Polizeibeamte wie Therapeuten zu schwätzen beginnen, dann läuft etwas schief im Schweizer Justizwesen. Gegenüber dem «Sonntagsblick» erzählte der Aargauer Kripo-Chef Urs Winzenried über seine Eindrücke nach der ersten Einvernahme von Lucies Mörder. Der junge Mann habe nicht unsympathisch gewirkt. Auf jede Frage ruhig geantwortet. Locker und spontan formuliert. «Diese Haltung machte sein Motiv zu töten, um wieder in den geschützten Raum des Strafvollzugs zu kommen, sehr glaubhaft.» Um sein Motiv besonders «glaubhaft» zu machen, schlug Daniel H. das Mädchen mit einer Eisenstange halbtot. Weil sie noch lebte, schnitt er ihr mit einem Messer die Kehle durch.

Muss sich der höchste Aargauer Polizist über die möglichen Motive eines Gewalttäters auslassen? Und sich dabei auf-führen wie ein Sozialtherapeut? Und völlig unkritisch die Position des Mörders wiedergeben? Und das in aller Öffentlichkeit? Und dem geständigen Täter noch mehrmals Glaubwürdigkeit bescheinigen? Als wäre er ein intimer Familienfreund? Der 25-jährige Daniel H. habe nichts beschönigen wollen, so Winzenried. «Auf mich wirkte er glaubwürdig.» Und ja, es sei «glaubhaft» gewesen, dass der junge Mann keine sexuellen Hintergedanken gehabt habe. Wie eben auch sein Motiv «glaubhaft» war: Töten, um zurück in den Knast zu kommen. «Dort kümmern sie sich um dich.»

Winzenried kommandiert seit dreissig Jahren die Aargauer Kriminalpolizei. Seine Aufgabe ist es, Mörder zu fassen. Und nicht Täter-Versteher zu sein. Oder Psychologe zu spielen. Oder zu reden, als würde er sich in einer Selbsterfahrungsgruppe befinden. Aber es passt. So wie der oberste Gockel kräht, piepsen auch die Kücken. Wenn schon der Chef seine Innerlichkeitsprosa von sich gibt, dann tun es auch die Untergebenen. Wie etwa die Bewährungshelferin des späteren Mörders.

Von dieser Bewährungshelferin erfahren wir über die Medien, dass es ihr nicht gut gehe. Sie sei «psychisch demoralisiert» und in «schlechter Verfassung». Man hat die Frau deswegen beurlaubt. Einen Tag vor dem Mord kam Daniel H. zu spät zum Vorstellungsgespräch für einen eventuellen Drogenentzug. Es wurde ein neuer Termin vereinbart. Auf eine Woche später. Mindestens sechs Tage zu spät für das sechzehnjährige Au-pair-Mädchen Lucie Trezzini.

## SESSIONSBERICHT 3. WOCHE

## Armeeewaffen ins Zeughaus? Dringliche Vorstösse zur Bankenkrise. Mitte-Links für 200 Millionen mehr Steuern!

Die erste grössere Debatte zu Wochenbeginn galt der Forderung, die Armeeewaffen ins Zeughaus zu verbannen. Dabei hatte Ueli Maurer seinen ersten Auftritt im Nationalrat als Bundesrat. In der Debatte über die Bankenkrise zeichnete sich die SVP durch klare Aussagen und Forderungen aus. Eine Mitte-links-Koalition löste mit der CO<sub>2</sub>-Teilzweckbindung jährlich 200 Millionen mehr Steuern aus.

HANS RUTSCHMANN  
NATIONALRAT SVP  
RAFZ

Auslöser der teilweise emotional geführten Debatte war eine parlamentarische Initiative, welche forderte, dass die Waffen der Soldaten ausserhalb der Militärdienstleistungen im Zeughaus aufbewahrt werden sollen. Sodann müssten sie beim Ausscheiden aus der Armee definitiv abgegeben werden. Das Obligatorische und das Feldschiesen sollen mit unpersönlichen Leihwaffen geschossen werden, welche den Wehrmännern durch die Schiessvereine auf dem Schiessplatz abgegeben werden müssten. Die Befürworter argumentierten, dass es keinen sicherheitspolitischen Sinn mehr für die Aufbewahrung der Armeeewaffen zu Hause geben würde. Sie betrachten die Heimabgabe als sicherheitspolitisches Problem, da immer wieder Menschen durch Armeeewaffen getötet würden.

**Wehrmänner nicht entmündigen**

Für die SVP-Fraktion führen die Bestrebungen, die Heimabgabe der Armeeewaffe und der Munition zu verbieten, zu sicherheits- und staatspolitischen Problemen. Der Grundgedanke der Miliz wird untergraben und die Landesverteidigung geschwächt. Sodann wäre dies auch ein Misstrauensvotum gegenüber unseren Wehrmännern. Bestraft würden auch die Schüt-

zenvereine. Immerhin ist der Schweizer Schiesssportverband mit 250 000 Mitgliedern einer der grössten traditionellen Sportverbände der Schweiz.

**Weiterhin Heimabgabe der Ordonnanzwaffe**

Bundesrat Ueli Maurer setzte sich engagiert für die Heimabgabe der Ordonnanzwaffe ein. Neben der militärischen Notwendigkeit ist dies für ihn auch ein Vertrauensbeweis an die Soldaten, welche sich im Ernstfall mit ihrem Leben für unser Land einsetzen müssen. In der Schweiz gibt es rund 2,2 Millionen Feuerwaffen. Dabei machen die Ordonnanzwaffen lediglich 10 Prozent aus. Mit deren Deponierung im Zeughaus lässt sich das Problem des Waffenmissbrauchs deshalb kaum lösen. Als Neuerung stellte Ueli Maurer die kostenlose freiwillige Abgabe der Waffe im Zeughaus für diejenigen Wehrmänner in Aussicht, welche ihre Waffe nicht zu Hause aufbewahren können oder wollen. Der Nationalrat lehnte die Initiative nach einer langen Debatte mit 99:82 Stimmen ab. Hingegen wurde ein linker Vorstoss für ein zentrales Waffenregister überraschend mit 92:90 Stimmen leider knapp angenommen.

**SVP fordert umfassendes Abwehrdispositiv**

In einer Organisierten Debatte behandelte der Nationalrat am Mittwoch 13 Dringliche Interpellationen und Vorstösse zur Bankenkrise. Naturgemäss

gingen die Meinungen über die Notwendigkeit des Bankkundengeheimnisses auseinander. Die SVP-Fraktion forderte vom Bundesrat u.a. ein umfassendes Abwehrdispositiv mit allfälligen Abwehr- und Retorsionsmassnahmen zu Gunsten des Finanzplatzes Schweiz. Die SVP kritisierte den Bundesrat auch scharf für die Herausgabe von Kundendaten an die Amerikaner, bevor das Bundesverwaltungsgericht darüber urteilen konnte. Der Bundesrat gab damit der Erpressung unter grober Verletzung unserer eigenen Rechtsordnung nach. Ganz offensichtlich handelte der Bundesrat schwach und unvorbereitet auf die sich anbahnende Krise. Damit schadet er nicht nur unserem Land, er handelte sich auch noch Hohn und Spott im Ausland ein. Ernst Schibli forderte Bundesrat Merz ultimativ auf, «dem Kesselreiben aus dem Ausland ein Ende zu setzen». Gemäss Alfred Heer verfügt der Bundesrat «über ein Rückgrat in der Stärke eines Zahnstochers». Parteipräsident Toni Brunner geisselte in einem flammenden Votum den Kniefall der Schweiz vor den ausländischen Erpressungsversuchen. Dafür erhielt er spontan Applaus von der Tribüne.

**Parlament bricht Versprechen – massive Steuererhöhung**

Am 1. Januar 2008 wurde die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffe eingeführt. Bei der entsprechenden Gesetzesberatung wurde diese Lenkungsabgabe in der Grössenordnung von ca. 700 Millionen

Franken dem Volk und Parlament als kostenneutral angepriesen. Die gesetzliche Regelung sieht nämlich vor, dass die Abgabe über verschiedene Kanäle vollumfänglich an die Bürgerinnen und Bürger zurückvergütet werden soll. Nun, knapp zwei Jahre später, wird ein Drittel der Abgabe, maximal 200 Millionen Franken, zweckgebunden an die Kantone für energetische Gebäudesanierungen ausgerichtet. Damit wird dieser Teil der ursprünglichen Lenkungsabgabe zu einer neuen Steuer. Die SVP wehrte sich gegen dieses Vorgehen mit verschiedenen Argumenten.

So sind wir grundsätzlich gegen neue Steuern, insbesondere in der heutigen wirtschaftlich angespannten Lage. Sodann fehlt dieser neuen Steuer auch die notwendige Verfassungsgrundlage. Im Weiteren ist zu bezweifeln, ob die Kantone überhaupt über entsprechende Programme verfügen, um die Gelder kurzfristig sinnvoll einzusetzen.

In der Vernehmlassung sprachen sich bezeichnenderweise die Mehrheit der Kantone gegen diese Teilzweckbindung aus. Sodann besteht heute auf Stufe Bund ein richtiger Wildwuchs im Bereich der Förderung energetischer Gebäudesanierungen. Es werden jährlich Hunderte von Millionen Franken eingesetzt, ohne sichtbare Koordination und Kontrollen. Die Zeche bezahlen auch hier letztlich die Steuerzahler und die privaten Haushalte.

## ERPRESSUNGEN AUS DEM AUSLAND

## Steilvorlage statt Befreiungsschlag

Das traditionelle schweizerische Bankkundengeheimnis ist Geschichte. Der Bundesrat hatte nicht die Stärke den ausländischen Erpressungen entgegenzutreten und sich konsequent für die Interessen unseres Landes einzusetzen. Die Mehrheit der Landesregierung hebt ein wichtiges Instrument des Rechtsstaates aus und liefert Bundesrätin Calmy-Rey eine Steilvorlage für weiteren aussenpolitischen Aktivismus.

ALAIN C. HAUERT  
PRESSESPRECHER  
SVP SCHWEIZ

Die Schweizer Aussenministerin hat am letzten Wochenende bereits angekündigt, sie wolle die Doppelbesteuerungsabkommen neu verhandeln und in Paris, Rom und Berlin offensiv über die neuen Richtlinien informieren. Bundesrätin Calmy-Rey knüpft also nahtlos an ihren kürzlich getätigten Reisen an, einmal mehr holt sie die Forderungen der ausländischen Regierungen ab, um diese in der Schweiz durchzusetzen. Der Grundsatz, dass bei solchen Verhandlungen beiderseitige Interessen berücksichtigt und in die Verträge eingebaut werden müssten, ist im Konzept ihrer «aktiven Aussenpolitik» nicht vorgesehen.

Selbstverständlich werden die EU oder auch die USA sich nicht dagegen wehren, wenn die Schweiz zu Kreuzen gekrochen kommt. Vielmehr lachen sich die Regierungen dieser Staaten ins Fäustchen und sind froh, dass ihre Erpressungen so rasch und effizient Wirkung gezeigt haben. Die Schweizer «Indianer-Regierung» hingegen wird wohl auch künftig in vorausseilendem Gehorsam ihre (Standort-)Vorteile aus der Hand geben, wenn die Kavallerie

von Peer Steinbrück mit Konsequenzen droht.

**Einmal erpressbar – immer erpressbar**

Mit der Lockerung des Bankkundengeheimnisses – durch die Aufgabe des Prinzips der doppelten Strafbarkeit – ist der Schweiz kein Befreiungsschlag gegliückt. Im Gegenteil, dieser Entscheid wird zur Steilvorlage für weitere Erpressungen und neuen Druck. Gerade die Reaktion von Aussenministerin Calmy-Rey ist ein weiteres deutliches Zeichen ans Ausland, dass es bei uns noch mehr zu holen gibt. Die Forderungen nach einem automatischen Informationsaustausch in Steuersachen sind schon ausformuliert und es ist leider nicht anzunehmen, dass der führungsschwache Bundesrat eine Strategie hat, um diese zu kontern. Vielmehr ist eine baldige weitere Schwächung des Finanzplatzes Schweiz und unseres Rechtsstaates zu befürchten. Denn wer einmal erpressbar ist, ist immer erpressbar.

**Bundesrat muss Calmy-Rey zurückpfeifen**

Die EDA-Vorstherin hat nun angekündigt in Kürze durch ganz Europa zu reisen und bietet eine Ausdehnung der Amtshilfe an. Gegenleistungen

verlangt man einmal mehr keine. So kommt am Ende eine glückliche Aussenministerin mit vielen Gesuchen von ausländischen Staaten – deren Regierungen die eigenen Interessen noch wahrzunehmen wissen – zurück in die

Schweiz, ohne dass sie für unser Land etwas erreicht hat. Es stellt sich auch die Frage, weshalb Bundesrätin Calmy-Rey diese Verhandlungen führen soll. Schliesslich sind die Steuerabkommen ein Dossier des Finanzministers und die Fragen bezüglich der Amtshilfeverfahren hätte wohl das Justizdepartement zu klären.

Anscheinend will jedoch die Aussenministerin nun auch im Bereich der «aktiven Finanzpolitik» eine Vorreiterrolle übernehmen.

Die SVP fordert den Bundesrat auf, Calmy-Rey umgehend zurückzupfeifen und stattdessen Unterhändler einzusetzen. Ansonsten ist die Gefahr gross, dass die Interessen der Schweiz und insbesondere das Bankkundengeheimnis definitiv dem Polit-Aktivismus der EDA-Vorstherin zum Opfer fallen.

## Was heisst wirtschaftsnahe?

ZB. Verschiedene FDP-Exponenten und Vertreter der ihr nahestehenden Wirtschaftsverbände werfen der SVP vor, sie sei zu wenig wirtschaftsnahe. So behauptet die FDP-Fraktionschefin Gabi Huber: «Die SVP hat sich als Wirtschaftspartei verabschiedet» oder ihr Kollege Nationalrat Müller doppelt nach: «Für die SVP gibt es offenbar keine Aussenwirtschaftspolitik.» Der Direktor der Economiesuisse, Pascal Gentina, meint: «Die SVP hat in letzter Zeit in einigen Punkten nicht wirtschaftsfreundliche Positionen eingenommen.» (Zitate aus der NZZ am Sonntag vom 15. März 2009).

Vorgänge wie die Staatsunterstützung von Swissair und UBS, die faktische Staatsgarantie für die CS, die Rückkehr des alten Filzes an die Spitze der jetzt noch grössten Schweizer Bank, die mangelhafte Schweizer In-

teressenvertretung bei den bilateralen Verhandlungen, die Preisgabe des Bankgeheimnisses, die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer zeigen dramatisch, wie wichtig das Thema der Wirtschaftsnähe der Parteien für unser Land ist. Die SVP des Kantons Zürich meint, diese Problematik sei zu wichtig, um sie in kleinlichen Scharmützeln via der FDP nahestehende Presseorgane auszutragen.

Die SVP des Kantons Zürich lädt darum zwei von der FDP zu bestimmende Spitzenvertreter von Politik und Wirtschaftsverbänden zu einer öffentlichen Diskussion zum Thema «Was heisst wirtschaftsnahe?» ein. Den Standpunkt der SVP werden alt Bundesrat Christoph Blocher und Fraktionschef Nationalrat Caspar Baader vertreten.

# KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

## Steuergesetz zum Zweiten

Die Kantonsratsitzung vom letzten Montag stand erneut im Zeichen des Steuergesetzes. Nachdem vor einer Woche über das Eintreten debattiert wurde, konnte diese Woche die 1. Lesung abgeschlossen werden. Die Schlussabstimmungen finden in der Ratssitzung vom 30. März statt.



YVES SENN  
KANTONSRAT SVP  
WINTERTHUR

Die Ratslinie hat zum Steuergesetz diverse Minderheitsanträge eingereicht. Im Wesentlichen ging es darum, die Steuererhöhungen bei den höheren Einkommen auf die mittleren Einkommen umzulenken. Unsere Fraktion hat schon vor einer Woche klargemacht, dass Steuererhöhungen für alle natürlichen Personen notwendig sind. Dies wird mit dem Ausgleich der kalten Progression auch verwirklicht. Jedoch ist es wichtig, dass der Kanton Zürich auch bei sehr hohen Einkommen wieder konkurrenzfähig wird. Die Abwanderung der Personen mit sehr hohen Einkommen in einen steuergünstigeren Kanton wäre fatal und müsste durch enorme Steuererhöhungen für alle ausgeglichen werden. **Daniel Oswald** (SVP, Winterthur) betonte im Rat, dass selbst China über Steuererhöhungen nachdenke, um damit die Wirtschaft zu stützen. Ausserdem müsse darauf geachtet werden, dass mit Konjunkturprogrammen durch erhöhte Staatsausgaben die Krise nicht noch verstärkt und verlängert wird, so der Ingenieur. Die zusätzlichen Staatsschulden müssen dann wieder mit erhöhten Steuern abgetragen werden. Die Finanzdirektorin bestätigte, dass der Kanton Zürich im interkantonalen Steuerwettbewerb bei sehr hohen Einkommen um mehrere Positionen zurückgefallen ist. Die Minderheitsanträge würden bis zu einem Einkommen von 150 000 Franken zu einer tieferen Belastung führen und bei einem Einkommen über 150 000 Franken knapp die Teuerung ausgleichen. Und da der Kanton Zürich im interkantonalen Vergleich bei mittleren Einkommen schon heute sehr gut und bei höheren Einkommen eher schlecht abschneide, sind diese abzulehnen. So sah es auch der Kantonsrat und lehnte diese Anträge ab.

### Kinderabzug

Ein weiterer Streitpunkt betraf den Kinderabzug. Die Ratslinie bezeichnete den vorgesehenen erhöhten Kinderabzug als bürgerliche und ungerichtete Giesskanne. **René Isler** (SVP, Winterthur) betonte im Rat, dass eine Familie zu haben, viel mit Eigenverantwortung und Eigenleistung zu tun habe. Daher sei es aus unserer Sicht nicht gerecht, dass Familien, die ihre Kinder in Fremdbetreuung geben, einen höheren Steuerabzug machen können als Familien, die sich selber um ihre Kinder kümmern. Die Finanzdirektorin bestätigte, dass der Kanton Zürich mit den neuen Kinderabzügen von 8300 Franken für minderjährige Kinder unter elterlicher Sorge oder Obhut des Steuerpflichtigen zu den Kantonen mit den höchsten Abzügen gehöre. Der Steuerausfall für die er-

höhten Abzüge belaufe sich auf 40 Millionen Franken. Dies gelte auch für den Abzug der Kinderbetreuungskosten von 7500 Franken. Der Rat wollte ebenfalls keine Änderung in der Vorlage und lehnte die Minderheitsanträge deutlich ab.

### Fremdbetreuung der Kinder

Ein weiterer Antrag wollte den Abzug für die Fremdbetreuung der Kinder mit einer zusätzlichen Abzugsmöglichkeit von 3000 Franken für die Selbstbetreuung der Kinder ausgleichen. Die EVP stellt fest, dass es eine Ungerechtigkeit sei, dass Familien, die ihre Kinder selbst betreuen, vom Steueramt bestraft werden. Die Familienarbeit müsse eine höhere Wertschätzung erfahren. Die GLP stellte fest, dass es nicht Aufgabe des Staates sein könne, zu überprüfen, ob die Kinder selbst- oder fremdbetreut würden. Ausserdem reichen die Betreuungsangebote von einer Stunde in der Woche bis zu zehn Stunden am Tag. **René Isler** stellte fest, dass auch etwas für die Familien gemacht werden müsse, die sich selbst um ihre Kinder kümmern. Es könne doch nicht sein, dass gegen oben alles offen sei. Es müsse eine Einkommensgrenze geben für die ausserfamiliären Betreuungskosten. Der Antrag wurde abgelehnt.

### Strassenbau im Steuergesetz?

Der letzte zu behandelnde Minderheitsantrag wollte die Kosten für den Strassenbau und Strassenunterhalt, der von den Gemeinden getragen werden muss, auf den Strassenfonds überwälzen. Da die Gemeinden vor Steuerausfällen um 330 Millionen Franken stehen und im Strassenfonds über 400 Millionen Franken auf eine Verwendung warten, sollte mit diesem Antrag der GLP die Kassen der Gemeinden entlastet werden. Die GLP betonte, dass nicht mit einer Strassenbauorgie zu rechnen sei. Der Strassenfonds sei eine Geldquelle ohne Ende. Bereits heute können sich die Gemeinden für den Strassenbau zu 30 Prozent aus dem Strassenfonds bedienen, in Zukunft sollen es 100 Prozent sein. **Jürg Trachsel** (SVP, Richterswil) betonte im Auftrag der Geschäftsleitung, dass der Antrag nicht der Einheit der Materie entspreche. Oder mit anderen Worten, es nicht zulässig sei, mit der Änderung des Steuergesetzes auch gleichzeitig das Strassengesetz zu ändern. Der Antrag wurde deutlich abgelehnt.

Das Steuergesetz geht nun in die Redaktionslesung und wird voraussichtlich am 30. März zur Schlussabstimmung gelangen.

### Expertengruppe für das PJZ

Ein FDP-Postulat mit Antrag auf Dringlichkeit verlangt, dass der Regierungsrat das Projekt Polizei- und Justizzentrum (PJZ) durch unabhängige Experten überprüfen lässt und dem Kantonsrat darüber Bericht erstattet.

Besonderes Augenmerk ist auf die Kosteneffizienz, Vergleichbarkeit, Abläufe, Standards und Projektorganisation zu richten. Zu überprüfen ist sowohl die kurzfristige wie auch die langfristige Wirtschaftlichkeit, inklusive Berücksichtigung der vorgesehenen Mieterträge, der Folge- und Unterhaltskosten. Hintergrund des Postulats ist die Tatsache, dass das Stimmvolk seinen Segen über einen Kredit von 540 Millionen Franken für das PJZ gab und die Kosten nun auf 700 Millionen Franken prognostiziert werden. **Hans-Heinrich Heusser** (SVP, Seegraben) betonte im Rat, dass die Medien und die Politik den schwarzen Peter dem Baudirektor zuschieben wollen. Die Verantwortung trage aber der gesamte Regierungsrat. Die Verantwortung könne auch nicht von einer Expertengruppe getragen werden. Ausserdem lehne unsere Fraktion zusätzliche Kosten für die Experten ab. Die Dringlichkeit wurde mit 109 Stimmen unterstützt.

### Ostumfahrung

Ein Postulat von **Adrian Bergmann** (SVP, Meilen) aus dem Jahr 2005 verlangte, dass der Regierungsrat auf der Grundlage des vom Kantonsrat zu verabschiedenden Richtplanes das Ausführungsprojekt «Ostumfahrung» (Stadttunnel Brunau-Neugut, Ostast und Waidhaldetunnel) mit Umweltverträglichkeitsbericht, die Projektgenehmigungs- und Einwendungsverfahren sowie die weiteren notwendigen Vorarbeiten, mit dem Ziel Baubeginn im Jahre 2010, voranzutreiben habe. Zusätzlich soll er sich weiterhin aktiv für die möglichst schnelle Anpassung der Linienführung der Zürcher Ostumfahrung mit einem Stadttunnel und dem Anschluss Ostast und Waidhaldetunnel im «Sachplan Strasse» des Bundes, zwecks Finanzierung durch den Bund, einsetzen. Zudem sei die zeitgleiche Umsetzung der entsprechenden flankierenden Massnahmen zur Eindämmung des zusätzlichen Zielverkehrs voranzutreiben. Der Regierungsrat hat im Jahr 2008 einen Bericht dazu verfasst. Volkswirtschaftsdirektorin **Rita Fuhrer** (SVP) betonte im Rat, dass der Kanton bei der Überweisung des Postulats im Jahr 2005 noch für die Ausarbeitung des Nationalstrassennetzes zuständig war. In der Zwischenzeit ist jedoch der Bund alleine zuständig. Trotzdem hat sich der Kanton beim Bund einzusetzen. Das Postulat wurde mit abweichender Stellungnahme abgeschrieben (siehe Kommentar).

## KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

### Priorisierung der Ostumfahrung vor Glattalautobahn



ADRIAN BERGMANN  
KANTONSRAT SVP  
MEILEN

Einmal mehr hat sich der Kantonsrat für eine kurzfristige Realisierung einer Ostumfahrung ausgesprochen. Mit der Ostumfahrung ist die Schliessung des Autobahnringes um Zürich gemeint, indem zwischen Neugut/Dübendorf und der Brunau ein (Stadt- oder See-)Tunnel gebaut wird.

Ursache der Diskussion im Rat war ein Postulat, das wir im Februar 2005 zusammen mit der FDP und CVP, eingereicht haben und das am 11. September 2006 an den Regierungsrat überwiesen worden ist.

Im Kern verlangte der Kantonsrat damit die Erstellung des Ausführungsprojektes «Ostumfahrung» (Stadttunnel Brunau-Neugut, Ostast und Waidhaldetunnel), mit dem Ziel, den Baubeginn im Jahre 2010 voranzutreiben. Der Vorstoss verlangte auch die zeitgleiche Umsetzung der entsprechenden flankierenden Massnahmen zur Eindämmung des zusätzlichen Zielverkehrs. Inzwischen ist auch die kurzfristige Realisierung der Ostumfahrung im Verkehrsrichtplan festgeschrieben.

Leider respektiert der Regierungsrat die vom Kantonsrat festgesetzte und geforderte Priorisierung in seiner Antwort auf das Postulat nicht und will die Glattalautobahn forcieren.

Die kantonsrätliche Kommission Planung und Bau war nicht bereit, diese Antwort der Regierung kommentarlos zu akzeptieren. Mit einer abweichenden Stellungnahme wollte man den Willen des Kantonsrates für eine kurzfristige Realisierung der Ostumfahrung einmal mehr unterstreichen. Die Linken und Grünen hielten aus allgemeinem Protest gegen jeden Strassenbau dagegen, was ironischerweise in einem Minderheitsantrag für die Priorisierung der Glattalautobahn resultierte.

Im Rat unterstrich ich, dass der Kantonsrat sich doch eigentlich auf das Primat der Politik berufen kann und erwarten darf, dass der Regierungsrat den vom Kantonsrat verabschiedeten Richtplan als Exekutive aktiv unterstützt und damit auch Richtplanfestsetzungen des Kantonsrates respektiert und gegenüber dem Bund aktiv vertritt.

Leider berücksichtigt inzwischen auch der Bund diesen Mehrheitsbeschluss nicht und will die Schliessung des Ostringes zurückstellen.

Eigentlich sollte gerade der Bund seriös und unvoreingenommen abwägen, wo der investierte Franken die grösste Wirkung erzielen wird. Mit der Ostum-

fahrung würde der Nationalstrassenring um die Stadt Zürich geschlossen. Glattalautobahn und Stadttunnel kosten je zirka 2,6 Mrd. Franken. Im Gegensatz zur Glattalautobahn erhalten wir mit dem Stadttunnel zum gleichen Preis eine Redundanz, sprich Alternative zur Westumfahrung. Die ausgebauten Verbindung Brüttseller-Kreuz-Neugut-Brunau-Üetlibergtunnel würde zu einer bedeutenden Entlastung der Westumfahrung führen. Bei der Priorisierung im Verkehrsrichtplan ist man klar zur Überzeugung gelangt, dass die Schliessung des Ringes um die grösste Schweizer Stadt höchste Priorität hat und deshalb kurzfristig zu realisieren sei.

Das Eintreten für die Schliessung des Ringes entspricht der logischen Konsequenz, dass es falsch ist, für eine Grossstadt wie Zürich nur eine Umfahrungsmöglichkeit anzubieten. Beim Stau auf der Nordumfahrung, wie wir ihn täglich erleben, gibts noch keine Alternative. Die Querung im Osten ist durch den Zürichsee verunmöglicht. In der Stadt bildet die Quaibrücke ein Nadelöhr, welches für eine zügige Querung im Osten der Stadt untauglich ist. Mit der Eröffnung des Uetlibergtunnels wird die Durchfahrt für den Transitverkehr durch die Stadt Zürich weiter bewusst massiv erschwert. Die Rückbauten und Strassensperrungen sind aufgegleist. Die Querung und Umfahrung der Stadt Zürich hängt dann zukünftig am seidenen Faden der Nordwestumfahrung, oder wird im Schleich- und Suchverkehr durch die 30er-Zonen und Wohnquartiere – GPS lässt grüssen – trotzdem stattfinden.

Mit der abweichenden Kommissionsstellungnahme haben wir diese Haltung, die übrigens auch dem Ergebnis der letzten zwei SVP-Verkehrstagungen entspricht, einmal mehr unterstrichen. Die Nationalstrassenverbindung von St. Gallen nach Bern ist das Rückgrat der schweizerischen Verkehrspolitik. Umso gravierender ist es, dass eine Alternative für die Umfahrung Zürichs bis heute fehlt. Die Schliessung des Ostringes bringt der schweizerischen Transitachse diese Alternative und erfüllt für den Kanton eine Optimierung des Verkehrsflusses um Zürich. Sie entlastet die Stadt vom Transit- und Zielverkehr und verbindet Regionen und Bezirke für die eine Überquerung des Zürichsees nur mit der Fähre oder mühsam über die Quaibrücke möglich ist.

Dass all diese Argumente richtig sind, kommt im eindeutigen Abstimmungsergebnis zum Ausdruck und ist ein klares auf Vernunft basierendes, demokratisches Signal nach Bern, die Priorisierung in der Nationalstrassenpolitik zu überdenken.

## FRAKTIONSERKLÄRUNG

### Rechtsstaat ade – Bankgeheimnis ade

HANSUELI ZÜLLIG  
KANTONSRAT SVP  
ZÜRICH

Unter dem Applaus von Linken und Grünen hat der Bundesrat das Bankgeheimnis über Nacht geopfert. Unter dem Druck einer angeblich schwarzen Liste ist der Bundesrat zu weit reichenden Konzessionen bereit. Mit diesem Entscheid untergräbt der Bundesrat die Rechtssicherheit und Souveränität. Bereits mit seinem Entscheid 300 Kunden der UBS ohne richterliche Ermächtigung den US-Behörden zu melden, hat er die Schweiz lächerlich gemacht. Das ganze Thema über schwarze Listen entpuppt sich als reine Erpressung Berlins, London und Paris.

Die Rechtssicherheit ist das grösste Gut eines Kleinstaates. Diese gilt es in

der Frage des Bankgeheimnisses zu verteidigen, auch wenn der Wind eisig entgegenweht. Der Finanzplatz Schweiz und hier insbesondere der Kanton Zürich werden die Auswirkungen der defätistischen Haltung des Bundesrates zu spüren bekommen. Dass die Linken, welche seit Jahren die Abschaffung des Bankgeheimnisses fordern, gemeinsame Sache mit den Deutschen gegen die Schweizer Interessen machen, zeigt deutlich auf, wie diese zur Schweiz stehen.

Leider ist es jedoch so, dass auch die FDP eingeknickt ist. Regierungsrätin Gut und Stadtrat Vollenwyder haben bereits im Vorfeld der Durchlöcherung des Bankgeheimnisses das Wort gesprochen. Ruedi Noser will gleich im Alleingang alle Rechtssicherheiten über den Haufen werfen und vergisst dabei, dass die Schweiz das schärfste

Geldwäschereigesetz gegenüber allen kritisierenden Staaten eingeführt hat.

Wie der Sonntagspresse zu entnehmen ist, werden über 2000 Milliarden Vermögensgelder unseren Finanzinstituten anvertraut. Eines ist klar, Ausländer werden Gelder aus der Schweiz abziehen. Und zwar nicht deshalb, weil dieses nicht besteuert wäre, sondern ganz einfach deshalb, da die Schweiz kein Rechtsstaat mehr ist, sondern ein Staat, in dem eine kopflose Bundesregierung Gesetze über Nacht ändern kann.

Wir erwarten vom Zürcher Regierungsrat ein entschiedenes Auftreten beim Bundesrat, damit der angerichtete Schaden begrenzt werden kann. Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Wohlstand für Zürcherinnen und Zürcher stehen auf dem Spiel.

### DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG ...

- ... die 1. Lesung des Steuergesetzes abgeschlossen. 😊
- ... ein Postulat betreffend Expertengruppe für das PJZ für dringlich erklärt. 😞
- ... ein Postulat von Adrian Bergmann betreffend Projektierungs- und Vorbereitungsarbeiten für die Ostumfahrung mit abweichender Stellungnahme abgeschrieben. 😊
- ... ein dringliches Postulat betreffend Massnahmeplans für den ÖV in und um Affoltern am Albis abgeschrieben. 😊



# So kann es nicht weitergehen!

**Es gibt eine Antwort:**



**– das einzige Parteiunabhängige Informationskomitee**

**Wir wollen eine massvolle, den Interessen des Landes dienende Zuwanderungs- und Ausländerpolitik! Helfen Sie uns dabei und werden Sie Mitglied, Gönner oder Sympathisant!**

Bild: zvg

## **Anmeldeformular** für das **Parteiunabhängige Informationskomitee**

Das PIKOM hat sich zum Ziel gesetzt, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der Jahresbeitrag ist auf Fr. 65.– festgelegt. Gönner und Sympathisanten sind in der Höhe der Zuwendungen frei. Die Namen der Mitglieder werden nicht publiziert.

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ Fax: \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse: \_\_\_\_\_

Politische Mandate, Parteizugehörigkeit oder Bemerkungen: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: PIKOM, Postfach 3540, 5001 Aarau

[www.pikom.ch](http://www.pikom.ch)

## Fadegrad

## Asbach Uralt



VON ROLF A. SIEGENTHALER

«Wenn ich Mauro Tuena wählte, könnte ich nicht mehr in den Spiegel schauen» und «Mauro Tuena würde auch noch unter der Gürtellinie politisieren, wenn er die Hose an den Fesseln trüge». So ungefähr beliebte sich ein beliebter freisinniger Stadtrat auszudrücken, wenn er über den damaligen SVP-Stadtratskandidaten sprach. Herr Vollenwyder liess noch nie einen Zweifel aufkommen, wer der absolute Chef ist im Ring. Er ist das Finanzgenie im Stadtrat. Er ist der Grösste, Klügste, Intelligenteste, Schlauste, vermutlich auch noch der Schwerste von allen Stadträten. Schwer hat es unser Finanzvorstand jedenfalls, seit der «Tages-Anzeiger» am Montag dem staunenden Zürcher Leser ausbreitete, wie der Herr über unsere Steuerfränkli mit den ihm von uns zur Verfügung gestellten, sauer verdienten Batzen umgeht. Die Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ) versichert 22 000 städtische Mitarbeiter. Sie arbeitet an repräsentativer Adresse zwischen Bellevue und Stadelhofen mit 15 Angestellten. Sie hat etwa 3200 Fälle pro Jahr zu verarbeiten. Für die gleiche Menge und noch zusätzliche Aufgaben seien im Kanton Aargau bei um 25 Prozent niedrigeren Prämien nur 4 Personen nötig. Gemäss Tagi gehe es im Amt beschaulich zu. Es gebe oft Seminare und einmal pro Woche wird in einem «Ruheraum» meditiert. Der Chef selbst ist nur zu 70 Prozent angestellt, daneben betreibt er in den Büroräumlichkeiten eine kinesologische Praxis. Für diese Räumlichkeiten bezahlt er der Stadt allerdings nur eine symbolische Miete. Der Stadtpräsident sei von einem pensionierten früheren Mitarbeiter der UVZ auf die idyllischen Zustände aufmerksam gemacht worden. Dieser habe ihn an Stadtrat Vollenwyder verwiesen, der die Sache unter den Teppich gekehrt habe. Und wie reagiert der Grösste, Klügste, Intelligenteste, Schlauste und Schwerste in einer solchen Situation? Er schneidet den «Tages-Anzeiger» und lässt über das liberale Hoforgan NZZ verlauten, «es könne keine Rede davon sein, dass die Unfallversicherung Steuergelder in Millionenhöhe verschleudere». Ausserdem: «Er habe ohnehin vorgehabt, die UVZ im laufenden Jahr genauer unter die Lupe zu nehmen.» Har! Har! Har! grölte jeweils der Kater Karlo in den Donald Duck-Sammelbänden; dass ich nicht kichere! «Vollenwyder und die Wahrheit» lautete mittwochs die Schlagzeile im Tagi. Am gleichen Tag verkündete der Grösste, Klügste, Intelligenteste, Schlauste und Schwerste im Gemeinderat, die Praxis werde geschlossen. Wem diese Sache kinesologisch vorkommt, dem sei gesagt, dass dem Herrn Stadtrat schon öfters liberale Filzgeschäfte vorgeworfen wurden, nur noch nie so konkret wie jetzt. Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht. Jedenfalls sieht der Grösste, Klügste, Intelligenteste, Schlauste und Schwerste ziemlich alt aus, uralt oder wie sich der Sprücheklopfer ausdrückt: «Asbach Uralt»!

## Weniger Freiheit, mehr Staat

In einer Motion verlangte die SVP an der Gemeinderatssitzung vom letzten Mittwoch eine Stellenplafonierung bei der Stadt Zürich. Zusätzlich wurde ein SP-Vorstoss behandelt, welcher für alle fremdsprachigen Mitarbeiter der Stadt Zürich kostenlose Deutschkurse während der Arbeitszeit verlangt.



BRUNO AMACKER  
GEMEINDERAT SVP  
ZÜRICH 6

Zur Eröffnung der Debatte äusserte unser Fraktionschef **Mauro Tuena** scharfe Kritik an Stadtrat Vollenwyder und seiner Rolle im Zusammenhang mit den Vorgängen bei der städtischen Unfallversicherung: Es sei einmal mehr so, dass es nun so herausgekommen sei, wie es die SVP schon immer prophezeit habe und wir – leider erst im Nachhinein – recht bekommen hätten. Als wir damals auf die Probleme hingewiesen haben, quitierte der Stadtrat in seiner bekannt süffisanten Art die Bedenken und Kritik jeweils mit einem müden Lächeln.

Aber auch jetzt ist keine Spur von Einsicht zu erkennen. Erklärungen und Ausflüchte wie gehabt, kurz zum Schluss doch noch das kurze trockene Eingeständnis eines Fehlers. Und dann: Zurück zur Tagesordnung, Schwamm drüber und Deckel zu. Moderne Krisenkommunikation nennt man das wohl. Viel schlimmer ist jedoch das Verhalten des Gemeinderates: Es wird sich mit dieser einfachen Entschuldigung abspesen lassen, der Sache nicht weiter nachgehen und Konsequenzen weder fordern noch ziehen.

Ebenso unerfreulich das anschließende Kesseltreiben gegen den Betreiber der Gaststätten auf dem Üetliberg. Die Äusserungen verdienen noch nicht einmal zitiert zu werden. Klar und deutlich hingegen die Replik von **Roger Liebi**. Offensichtlich gehe es links/grün nur darum, einen innovativen und engagierten Unternehmer zu schikanieren und ihm Knebel zwischen die Beine zu werfen. Das Wohl der Spaziergänger, vor allem aber auch die zahlreichen dadurch generierten, in der heutigen Zeit besonders wertvollen Arbeitsplätze ist ihnen offenbar egal. Wirt-

schaftsförderung à la links/grün bedeutet Wirtschaftsbehinderung.

**Stellenplafonierung bei der Stadt**  
In einer Motion verlangte unser Gemeinderat **Bernhard im Oberdorf** eine Stellenplafonierung bei der Stadt Zürich. Er wusste mit gewohnt überzeugenden Argumenten und scharfer Zunge unsere Position zum Sparen auch durch Massnahmen beim Personal darzulegen und man müsste eigentlich meinen, dass sich diesen Argumenten niemand verschliessen kann. Doch die Stadt und links/grün löste das Problem, sich nicht mit diesen guten Argumenten auseinandersetzen zu müssen, auf ihre altbekannte Weise: Man drückt sich um die Diskussion und schiebt formelle Gründe vor, weshalb man nichts davon wissen will. Diesmal wurde behauptet, das Anliegen sei gar nicht motionabel und deshalb könne man das nicht machen. Über die Notwendigkeit zur Stellenplafonierung und zur Stellenreduktion mochte sich niemand äussern. Wie könnte man auch, in Anbetracht der erdrückenden Faktenlage.

## Bezahlte Freiwilligenarbeit?

In Zukunft soll Freiwilligenarbeit mehr «Wertschätzung» erfahren. Auf den ersten Blick eine gute Sache, tatsächlich ist Freiwilligenarbeit zu fördern, welche den Staat oft entlastet und dem Zusammenleben der Bevölkerung dienlich ist. Aber wer die linken kennt, weiss genau was damit gemeint ist: Zuerst soll es beginnen mit einem Ausweis und einem Erfassungssystem. Wer dies tun soll, ist klar, der Staat, also Mehraufwand. Dann ist so gleich mit der zweiten Welle zu rechnen. Kurse, Ausbildungen, Qualitätskontrolle usw., auch dafür hat natürlich der Staat aufzukommen. Und dann, man ahnt es bereits, kommt das eigentliche pièce de résistance: Es soll auch eine Entlohnung dafür geben. Dass damit Freiwilligenarbeit eigent-

lich gar keine solche mehr wäre, sei nur nebenbei bemerkt. Aber dass damit unabsehbare finanzielle Folgen einhergehen, das ist klar. Und wird geflüstert ausgeblendet. Also soll auch hier die schleichende Verstaatlichung alles Privaten eingeführt werden und so die Freiwilligenarbeit letztlich ihres eigentlichen Charakters beraubt werden. Klar, dass sich da die SVP vehement dagegen gewehrt hat.

## Kostenlose Deutschkurse während der Arbeitszeit

Und so wurde der nächste SP-Vorstoss behandelt, welcher für alle fremdsprachigen Mitarbeiter der Stadt Zürich kostenlose Deutschkurse während der Arbeitszeit verlangt. Natürlich gab es gegen so ein unsägliches Ansinnen keine vernünftigen Argumente und die Gegenargumente liegen derart auf der Hand, dass sie hier lediglich um dem Anspruch auf Vollständigkeit zu genügen und auch nur stichwortartig wiedergegeben werden: Es gibt schon eine Vielzahl unentgeltlicher Deutschkurse in der Stadt. Persönliche Sprachkurse sind generell in der Freizeit zu besuchen und selbst zu bezahlen. Oder will die SP tatsächlich, dass etwa ein englischsprachiger, gut bezahlter Finanzfachmann während seiner Arbeitszeit auf Staatskosten Deutsch lernen kann? Dies war denn selbst für die Mitte-Parteien zu viel und damit konnte dem geplanten Treiben ein Ende gesetzt werden.

Und so konnte dann die Ratssitzung doch noch nach regulärem Ablauf der Zeit abgeschlossen werden. Wann endlich läuft die Zeit für die linke Mehrheit in der Stadt Zürich ab?

## SVP-FRAUENGRUPPE STADT ZÜRICH

## Besuch beim Gemeinderat

SVP-Frauenrunde. Am Mittwoch, 11. März 2009, besuchte eine Delegation der Frauengruppe SVP Stadt Zürich den Gemeinderat. Nach dem üblichen Prozedere durch die Sicherheitsschleuse (wo es so oft piepste, dass wir schon an eine versteckte Kamera glaubten ...), holte uns die aktuelle Gemeinderatspräsidentin, Fiometta Jahreiss-Montagnani, ab und führte uns direkt in den Ratssaal.

Wir durften es uns auf den Plätzen der SVP-Fraktion bequem machen und Frau Jahreiss führte uns kompetent in die Feinheiten einer Gemeinderatssitzung ein. Sie wies darauf hin, dass das Rathaus dem Kanton Zürich gehöre und der Gemeinderat nur eingemietet ist. Frau Jahreiss erklärte uns, wie sie die Sitzungen führt, und beklagte sich ein wenig darüber, dass es ständig einen zu hohen Lärmpegel im Saal gebe, dem sie auch mit mehrmaligem Läuten der Glocke nicht Herr werde. Davon konnten wir uns gleich anschliessend auf der Tribune überzeugen. Stolz wies sie auf die neue

elektronische Stimmanlage hin und führte sie uns gleich vor. Wir durften zu einem Geschäft unsere Stimmen abgeben. Interessanterweise ergab das Resultat eine gleiche Anzahl Stimmen. In so einem Fall hat die Präsidentin den Stichentscheid. Leider liess sich Frau Jahreiss nicht entlocken, welcher Seite sie hier ihre Stimme gegeben hatte. Anders als beim Kanton stimmt die Gemeinderatspräsidentin immer mit.

Kurz vor 17 Uhr räumten wir die Sessel wieder für ihre rechtmässigen Inhaber und verfolgten noch gut einhalb Stunden lang das Geschehen von der Tribune aus. Gleich zu Beginn der Sitzung begrüsst uns Frau Jahreiss offiziell. Und in der Tat: wir stellten sehr rasch fest, dass der Lärmpegel im Ratssaal zeitweise bedenklich hoch ist. Vielleicht lag es auch an der Lautsprecheranlage – jedenfalls hatten wir recht Mühe, alles zu verstehen, was die Referenten zu ihrem Geschäft sagten. Den Abend liessen wir im Restaurant Turm in der Altstadt ausklingen.

## STELLENPLAFONIERUNG IN DER STADT ZÜRICH

## Der Masslosigkeit Tor und Tür offen halten

Der für das laufende Jahr budgetierte Personalaufwand von rund 2,5 Milliarden Franken liegt über 13 Prozent oder rund 300 Millionen Franken über den Ausgaben 2007. Seit dem Jahr 2000 wird der Personalaufwand um rund 850 Millionen Franken oder satte 50 Prozent zugenommen haben!



MONIKA ERTIGEN  
GEMEINDERÄTIN SVP  
ZÜRICH 7/8

Als Folge der weltweiten Finanzkrise werden die Steuererträge massiv einbrechen. Schon in der Rechnung des laufenden Jahres muss aus diesem Grund in der städtischen Rechnung anstatt mit einem Ertragsüberschuss mit einem Defizit in der Grössenordnung von 200 Millionen Franken gerechnet werden. Nichtsdestotrotz hat unser Stadtrat die ganz grosse Schöpfkelle jederzeit zur Hand. Schon lange sind die prioritären Legislaturziele «gesunde Finanzen» und die «Bildung von Reserven für die Zukunft» in Vergessenheit geraten.

Angesichts dieser unhaltbaren Entwicklung forderte SVP-Gemeinderat **Bernhard im Oberdorf** den Stadtrat per vor zwei Jahren eingereichten Motion auf, geeignete Massnahmen zu ergreifen, damit in der Übergangszeit zum neuen Personalrecht die Stellen in der Stadtverwaltung auf dem (damals) bisherigen Stand gehalten werden, es sei denn, eine Volksabstimmung erfordere die Zulassung von Ausnahmen. In der Übergangszeit zum neuen Personalrecht sei mit hohen zusätzlichen Kosten zu rechnen, begründet der Mo-

tionär. Es sei daher dafür zu sorgen, dass nicht weitere Ausgaben die Rechnung der Stadt Zürich zusätzlich belasten. Sollte eine Volksabstimmung hingegen die Schaffung von zusätzlichen Stellen erfordern, so wäre diesem Umstand natürlich Priorität einzuräumen. Der Stadtrat und mit ihm die ausgabenfreundige linke Ratsmehrheit streitet die Motionsfähigkeit des Anliegens, da der Stellenplan in die Kompetenz des Stadtrates falle. Dass die Budgethoheit, das heisst das Gutheissen oder Ablehnen der mit dem kontinuierlichen Stellenausbau verbundenen massiven Mehrausgaben aber dem Gemeinderat obliegt, wird geflüstert ignoriert. Zudem ist der Stadtrat, der mit Beschluss vom 28. April 2004 dauerhaft eine Stellenplafonierung für die Stadtverwaltung eingeführt hat, wonach die Planstellen grundsätzlich auf dem Stand gemäss Budget 2004 plafoniert sind, der Meinung, damit bereits geeignete Massnahmen ergriffen zu haben, um dem Wachstum des Stellenbestandes entgegenzuwirken. Der Stadtrat wolle die Stellenvermehrung «weiterhin bremsen». Der Stellenplanbeschluss, das heisst der Stellenstopp, bleibe in Kraft und soll künftig noch restriktiver gehandhabt werden. Zusätzliche Vorkehrungen seien deshalb nicht notwendig.

## Einladung zur Bildungstagung



**Datum:** Samstag, 25. April 2009  
**Türöffnung:** 8.00 Uhr, Kaffee und Gipfeli  
**Zeit:** 8.30 bis 11.45 Uhr  
**Ort:** Vogtei Herrliberg, Schulhausstrasse 49, 8704 Herrliberg

**Programm:** Begrüssung: *Nationalrat Alfred Heer, Vizepräsident*  
Einführung ins Thema  
*Kantonsrat Samuel Ramseyer, Präsident der SVP-Bildungskommission*  
«Die Bildungspolitik der SVP: Leistung fordern – Leistung fördern»  
*Nationalrat Christoph Mörgele, Professor*

**Gruppenarbeiten:**  
A: «Grundlagen für den Lehrplan 21»: Erarbeiten der Vernehmlassungsantwort  
B: «Die Qualität der Lehrkräfte bestimmt die Qualität der Volksschule»: Erarbeiten von Forderungen zum Lehrerauftrag  
C: «Nein zur Vertherapeutisierung der Volksschule»: Erarbeiten von Forderungen

**Im Anschluss:** Präsentation der Ergebnisse aus den Gruppenarbeiten / Diskussionsrunde

## Anmeldetalon für die Teilnahme an der Bildungstagung vom 25. April 2009

Ich melde mich für die Programmtagung und folgende Arbeitsgruppe an:

Bitte erste (1) und zweite (2) Priorität angeben.  
Die Zuteilung erfolgt nach Anmeldeungseingang. A: \_\_\_ B: \_\_\_ C: \_\_\_

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_  
Strasse: \_\_\_\_\_ PLZ, Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Nüscherstrasse 35, 8001 Zürich  
per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



